

## Leopoldo Mármora *Sustainable Development* im Nord-Süd-Konflikt: Vom Konzept der Umverteilung des Reichtums zu den Erfordernissen einer globalen Gerechtigkeit<sup>1</sup>

»Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß zukünftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können« (Hauff 1987, 46). Seit 1987 die UNO-Kommission für Umwelt und Entwicklung ihren Bericht veröffentlicht hat, scheint diese Definition von »Sustainable Development« oder *Dauerhafter Entwicklung* zum Zauberwort geworden zu sein. Im Vorfeld der Vorbereitungen auf die Umwelt- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCED) im Juni 1992 in Rio de Janeiro gilt diese Formel als gemeinsamer Bezugspunkt aller staatlichen und nichtstaatlichen entwicklungspolitischen Institutionen, aller Regierungen im Norden und im Süden. Sie beruht offenbar auf einem Konsens, der von der Gruppe der sieben mächtigsten kapitalistischen Staaten und der Weltbank über die Kirchen, die großen unabhängigen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen bis hin zu den kleinsten Gruppen der Dritte-Welt-Solidarität reicht. Diese Übereinstimmung ist bemerkenswert und bietet eine gute Ausgangsbasis für eine neue globale Qualität in der Entwicklungs- und Umweltpolitik. Um aber zu vermeiden, daß Sustainable Development als Leerformel benutzt wird, die mehr zur Verschleierung als zur konstruktiven Austragung von Konflikten beiträgt, ist es erforderlich, die potentiellen Akteure in diesem Feld und die Interessen, in die sie eingebunden sind, genau zu benennen. Im folgenden sollen einige grundsätzliche Überlegungen angestellt werden über die Verschiebung der Konfliktlinien im Nord-Süd-Verhältnis.

In den 50er und 60er Jahren hatte der Modernisierungsgedanke, der auf der Vorstellung von Wirtschaftswachstum gründete, breite Zustimmung gefunden. Danach war jedoch eine allgemeine Ernüchterung eingetreten. Das Wachstum kam in der Regel nur den Eliten in den Entwicklungsgesellschaften zugute. Der erhoffte »Durchsickereffekt« nach unten stellte sich kaum ein. Die Armen wurden ärmer und die Kluft zwischen Reichtum und Armut wuchs innerhalb der Länder wie zwischen Nord und Süd. Anfang der 70er Jahre polarisierten sich die Standpunkte. In den Industriestaaten wurde der Wachstums- und Modernisierungsgedanke durch den »Basic-Needs«-Ansatz ergänzt; man hatte erkannt, daß Armut nicht über den langen Weg einer Steigerung des Bruttosozialproduktes

---

1 Dieser Beitrag erscheint zur gleichen Zeit im Jahresbericht der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg, mit deren freundlichen Genehmigung er hier abgedruckt wird.

bekämpft werden kann. Entwicklungspolitik sollte den Armen zur Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse direkt zugutekommen. Durch diese Korrektur versuchten die Regierungen der Industrieländer, den Nord-Süd-Dialog zu retten, ohne ihre Modernisierungsstrategie aufzugeben. Die Vertreter der Entwicklungsländer in den internationalen Foren gingen mit ihren Forderungen jedoch viel weiter: Sie verlangten eine neue Weltwirtschaftsordnung.

Eine analoge Polarisierung vollzog sich in der theoretischen Diskussion. Anstelle der Integration in den Weltmarkt wurde Dissoziation gefordert. Im Laufe der 80er Jahre gerieten alle bisherigen Theorien, Gegentheseorien und Strategieansätze in eine Krise. Diese Dekade wird als das verlorene Jahrzehnt bezeichnet, weil sich alle traditionellen ökonomischen und sozialen Indikatoren von Entwicklung für die Mehrheit der Länder der so genannten Dritten Welt - besonders für Afrika und Lateinamerika - verschlechterten und sich das Entwicklungsgefälle zwischen Nord und Süd weiter vergrößerte. Ratlosigkeit machte sich breit. Angeführt von den USA hielt der Norden nicht einmal mehr am Schein eines Dialogs mit dem Süden fest. Die Diskussion um die Verschuldungskrise zeigt deutlich, daß die reichen Länder in der Lage sind, den Entwicklungsländern ihre Bedingungen zu diktieren.

Die Dialogstrategie der Industriestaaten wie die Dissoziationsstrategie des Südens sind an den Schwierigkeiten ihrer praktischen Umsetzung gescheitert.<sup>2</sup> Trotz ihrer Unterschiede hatten das Wachstums- und Abkopplungskonzept etwas gemeinsam: Beide akzeptierten die moderne Industriegesellschaft als Leitbild. Beiden ging es um nachholende Industrialisierung, die man als »nachholende Sozialpolitik« interpretierte. Das Neue an der Idee von Sustainable Development hingegen ist, daß diese eine Kritik des vorherrschenden Entwicklungs- und Zivilisationsmodells beinhaltet und auf einen Umbau der modernen Industriegesellschaften im Norden selbst abzielt. Während die Konzepte nachholender Entwicklung an die Peripherie adressiert waren (die Industriegesellschaften galten schon als »entwickelt« oder »modern«), ist »Sustainable Development« global und versucht, drei Aspekte miteinander zu verbinden:

1. Ökologisch verträgliches Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung im Süden;
2. Mehr Demokratisierung und Gerechtigkeit in den Nord-Süd-Beziehungen;
3. Ökologischer Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft in den Industrieländern.

Mehr und mehr setzt sich die Überzeugung durch, daß auch die Industriegesellschaften reformbedürftig sind. Der globale Zusammenhang, der Entwicklungs- und Industrieländer verbindet, wird zum ersten Mal thematisiert. Es ist das große Verdienst des Brundtland-Reports, daß er die globalen Wechselwirkungen zwischen Verschwendung im Norden, Armut im Süden und Naturzerstörung aufgezeigt hat. Eine Schwäche könnte allerdings darin liegen, daß er zwar die

---

2 Zur umfangreichen »Krisenliteratur« siehe Menzel 1991.

globale Problemlage angemessen darstellt, aber die politischen und technischen Schwierigkeiten ihrer Lösung unterschätzt. Zwischen Problembewußtsein und den Aufbau von Lösungskapazitäten schieben sich die real existierenden Machtunterschiede und Konflikte zwischen Süden und Norden. Wie hängen nun der Fortbestand dieser Ungleichgewichte und die tendenzielle Globalisierung der Problemlagen zusammen?

Die Debatte über Risikogesellschaft und »reflexive Modernisierung« bei Ulrich Beck könnte ein Ausgangspunkt für die Beantwortung dieser Frage sein. »Im Zentrum seiner Überlegungen steht die These, daß die Gesellschaft sich selbst zum dominanten Risiko geworden ist. Ihr Fortbestand wird nicht länger von unzureichend beherrschten inneren Widersprüchen (etwa: den Klassenantagonismen) oder äußeren Widerständen (etwa: den Kapriolen des Wetters) bedroht, sondern von selbst erzeugten Risiken.«<sup>3</sup> Beck schreibt: »Im alten industriellen Konflikt Kapital gegen Arbeit geht es um Positives: Gewinne, Wohlstand, Konsumgüter. Im ökologischen Konflikt geht es dagegen um Negatives: Verluste, Zerstörungen, Bedrohungen.« (Beck 1991, 13) Nach Beck hat der bisherige Weg der modernen Industriegesellschaften Risiken und Kosten sozialer, ökologischer, politischer und kultureller Art verursacht, die von den Industrieländern aber kostengünstig externalisiert werden konnten.<sup>4</sup> Es gibt sozusagen externe Sphären, geographische oder funktionale »Kolonien«, die zur umfassenden Reproduktion der modernen Industrie-Zivilisation herangezogen werden können. Sie charakterisieren sich dadurch, daß sie sich nicht zur Wehr setzen können und die externalisierten Risiken und Kosten der Modernisierung in den Zentren zu tragen haben. Als solche benennt Beck systematisch die Frauen und die Natur. Ich füge in seinem abstrakt-systematischen Sinne noch die Dritte Welt hinzu.

In dem Moment, da sich die Externalisierungsoffer direkt oder persona interposita ihrer Rechte vergewissern und sie zu artikulieren beginnen, beginnt und verschärft sich der Kampf um die Verteilung von Zivilisationsrisiken. Im Verhältnis der Nord- und Südhemisphäre zueinander bestehen zwei Konfliktarenen nebeneinander:

a) In der einen spielen sich die ökonomischen Auseinandersetzungen im engeren Sinne (um Weltmarktanteile, Terms of Trade, etc.) ab. Diese Auseinandersetzungen hat der Norden spätestens in den 80er Jahren vorläufig für sich entschieden, indem er die Grundlagen seines Reichtums immer mehr nach innen verlagerte - weg von den Bedingungen eines ungleichen Handels mit dem Süden, hin

---

3 Blanke 1991, 275. Der Begriff »Risiko« stammt ursprünglich aus dem Altgriechischen und dem Arabischen: »Risco« bedeutet das Umschiffen einer Klippe. (ibid., 280). Im folgenden wird der Begriff »Risiko« im umfassenden Sinne aller negativen Folgen verwendet, die die Nutzung der Umwelt impliziert: potentielle Gefahren, reale Schäden und Reparaturkosten.

4 Der Begriff Externalisierung hatte seinen Ursprung in der ökonomischen Theorie bei A. Marshall. Seit H. Hotelling und W. Kapp wird er auf ökologische Folgewirkungen von ökonomischem Handeln angewandt. Hier wird ein weiter Begriff von Externalitäten verwendet, um außer der ökonomischen und ökologischen auch die soziale, politische und kulturelle Funktionen miteinzuschließen.

zu Produktivitätszuwächsen innerhalb der eigenen Grenzen. Diese Verlagerung hat zu einer Marginalisierung der meisten Entwicklungsländer innerhalb der traditionellen Weltarbeitsteilung geführt, ohne daß ihnen dadurch Spielräume für eine eigenständige Entwicklung zugewachsen wären. Entwicklungsländer wie die afrikanischen und lateinamerikanischen, die ihre Rolle in der Weltwirtschaft nicht neu zu definieren und abzusichern versucht haben oder die den Weg einer ausschließlichen Binnenmarktentwicklung gingen, sind nicht nur marginalisiert, sondern zugleich in ihrer internen Entwicklungsdynamik und Sozialpolitik um Jahre zurückgeworfen worden. Andere Entwicklungsländer - wie etwa die ostasiatischen Schwellenländer -, denen es gelang, sich nicht als Rostofflieferanten in den Weltmarkt einzugliedern, sind dagegen von den weltwirtschaftlichen Krisen und Umbruchprozessen der 80er Jahre kaum betroffen worden. Sie konnten ihre politischen und ökonomischen Spielräume gegenüber den Industrieländern entscheidend verbessern und sind sogar zu gefürchteten Konkurrenten derselben geworden.

b) In der zweiten Arena werden die Kämpfe um die Umverteilung von Zivilisationsrisiken ausgetragen. »Die Tragödie von Bhopal, bei der 3.000 Menschen ihr Leben verloren und weitere 200.000 lebenslang unter Behinderungen und Verletzungen leiden, ist das bekannteste Beispiel dafür, was geschehen kann, wenn internationale Unternehmen industrielle Sicherheitsstandards annehmen, die weit unter denjenigen in ihren eigenen Ländern liegen. Hunderte anderer solcher Fabriken sind in die Dritte Welt verkauft worden (nur als Beispiel: die Atomfabrik in Bataan auf den Philippinen), oder sie wurden von den transnationalen Unternehmen verlagert, um den Umwelt- und Gesundheitsstandards ihrer eigenen Gesellschaften zu entkommen. Und Beispiele für gefährliche Produkte sind pharmazeutische Produkte, Medikamente, Anti-Baby-Pillen oder Pestizide, die in Europa, den USA oder Japan schon vor Jahren verboten wurden, aber von den Unternehmen dieser Staaten in die Dritte Welt weiterverkauft werden, Zigaretten, die weit höhere Teer- und Nikotinwerte haben als in den reichen Ländern; seit einiger Zeit auch Milchprodukte, die nach der Katastrophe von Tschernobyl extrem hohe Radioaktivität aufweisen ... Die Gesundheitsschäden für die Menschen in der Dritten Welt sind erschreckend. Schätzungsweise 40.000 Menschen beispielsweise sterben jedes Jahr an Pestizid-Vergiftungen.«<sup>5</sup> Die Verlagerung von Produktionsstätten mit hoher Umweltbelastung (Aluminium, Petrochemie) und der Export von Giftmüll in die Länder der Peripherie tragen zum Fortbestand eines globalen Produktions- und Konsumtionsmodells in den Zentren bei, obwohl dieses in der eigenen Öffentlichkeit immer mehr unter Kritik gerät. Die Tatsache, daß der Süden als Abnehmer von subventionierten Lebensmitteln (Entwicklungshilfe der EG) zur Verfügung steht, reduziert die Kosten der agrarischen Überproduktion und behindert eine Reform des EG-Agrarmarktes. Die hochverschuldeten Länder der Dritten Welt sind die Leidtragenden der Ver-

5 Die internationale Verbraucherschutzorganisation Consumer Union in Penang/Malaysia, aus: Grefe/Bernstorff (Hg.) 1991, 64 f.

schleppung notwendiger Reformen des internationalen Finanz- und Weltwährungssystems. Dabei handelt sich nicht um direkte Ausbeutung, aber um die bewußt oder unbewußt in Kauf genommenen und auf die Schulter von Schwächeren abgewälzten Nebenfolgen und Defizite eines kapitalistischen Weltsystems, dessen »reibungloses« Funktionieren in den Zentren dadurch erleichtert wird. Beide Arenen sind sicherlich miteinander verbunden: Die in die Länder der Peripherie importierten Zerstörungen und Risiken verursachen ökonomische Kosten und Armut; Not macht blind und handlungsunfähig gegenüber mittel- und längerfristigen Risiken. Der »Sachzwang Weltmarkt« führt zur Plünderung der Rohstoffe des Südens durch den Norden und zum Export aller Art von unbrauchbaren Giften und Abfallprodukten. Die Versuchung liegt nahe, hier einen Teufelskreis zu sehen oder einen Automatismus von ökonomischer und ökologischer Ausplünderung des Südens durch den Norden. Die ökologische Ausbeutung - so die Argumentation - verschärft und polarisiert die ökonomischen Nord-Süd-Gegensätze und umgekehrt. Wenn es so ist, dann bestehen für die Entwicklungsländer kaum Chancen, diesem *circulus vitiosus* zu entkommen (Altvater 1987, 133ff.).

Das Nord-Süd-Gefälle vergrößert sich in einer Art Zangenbewegung von der Ökologie und der Ökonomie her. Der Abbau dieser Ungleichgewichte wird immer unwahrscheinlicher. Aus dieser Sichtweise scheint es im Interesse des Nordens zu liegen, daß die Unterentwicklung des Südens fortbesteht, um diesen weiter ökonomisch ausbeuten und die ökologischen Kosten dorthin exportieren zu können. Daß systemische Nebenfolgen punktuell über handfeste ökonomische Einzelinteressen im herkömmlichen Sinne vermittelt werden, daß es also solche Zusammenhänge und Rückkopplungseffekte zwischen ökologischer Benachteiligung und ökonomischer Ausnutzung des Südens gibt, ist nicht zu bestreiten (s. Beckenbach 1992; Altvater 1987). Aber beide Prozesse in ihrer jeweiligen Gesamtheit verlaufen nicht synchron und es gibt gute Gründe, die unterschiedliche Eigendynamik, die in diesen beiden Typen von Verteilungskämpfen steckt, stärker zu betonen. Dabei wird sich herausstellen, daß es neue Handlungspotentiale für die Entwicklungsländer gibt, die genutzt werden könnten.

Zwar geht die globale Umweltbelastung auf das Konto der entwickelten Industrieländer. Zwischen 1950 und 1985 haben die westlichen und östlichen Industriestaaten 82% der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen verursacht (Loske 1991). Auch in Relation zur Bevölkerung sind die Emissionen von Treibhausgasen in den Industrieländern um ein Vielfaches höher als in den Entwicklungsländern (Simonis 1991, 140f.). Obwohl in den internationalen Verhandlungen dieser Länder um die zukünftige Verteilung der Emissionsrechte dieser entscheidende Tatbestand verdrängt wird. Ebenso wenig sollte jedoch der Süden verdrängen, daß die armuts- und unterentwicklungsbedingte Umweltzerstörung in rascherem Tempo zunimmt als die entwicklungsbedingte (Wöhlke 1989), und daß z. B. die Kohlenstoff-Emissionen in den Entwicklungsländern wesentlich schneller steigen als

in den Industrieländern.<sup>6</sup> Dieser Tatbestand spricht gegen die These von der Komplementarität der ökonomischen und ökologischen Ausbeutung des Südens durch den Norden. Je weiter die Entwicklungsländer ökonomisch abgekoppelt werden und in Unter- oder Fehlentwicklung verharren, desto schneller wachsen globale ökologische Gefährungen, die zwar im Süden ihren Ursprung haben, aber auch den Norden bedrohen. Schon heute gibt es eine Reihe von Ländern der Dritten Welt (Brasilien, Indien und China), die soviel CO<sub>2</sub> emittieren wie die meisten kapitalistischen Industrieländer mit Ausnahme der USA und zum Teil mehr. Um einen Dollar Bruttosozialprodukt zu erzielen emittiert Brasilien 1987 mehr CO<sub>2</sub> als im Durchschnitt der sieben mächtigsten kapitalistischen Industriestaaten der Welt. Es belastete die Erdatmosphäre aber nicht nur relativ zum Bruttosozialprodukt, sondern auch absolut so stark wie Großbritannien, Italien und Frankreich zusammengenommen. Interessant ist dabei, daß die CO<sub>2</sub>-Belastung der Luft durch Brasilien nicht etwa auf die Automobilisierung, sondern auf die armuts- und fehlentwicklungsbedingte Verbrennung des Regenwaldes zurückzuführen ist. Selbst wenn es gute Gründe zu der Vermutung gibt, daß diese Zahlen in den Industriestaaten dazu benutzt werden, von der Tatsache abzulenken, daß sie selbst die Hauptverursacher der Erwärmung der Erdatmosphäre sind, so zeigen sie doch eine klare Tendenz an. Die ökonomische Benachteiligung des Südens zahlt sich ökologisch nicht zugunsten des Nordens aus. Weitere Beispiele dafür sind die Flüchtlingsströme und der rasante Anstieg des Coca-Anbaus als Folge des Sturzes der Weltmarktpreise für traditionelle Pflanzungen, vor allem für Kaffee in Lateinamerika und die Zunahme der Bevölkerung in den Armutsregionen sind (Wöhlcke 1991). Sich gegen diese unter- und fehlentwicklungsbedingten »Bedrohungen« mit den traditionellen Mitteln der Macht- und Wirtschaftspolitik abzuschirmen, ist dem reichen Norden wegen der Durchlässigkeit aller Grenzen jetzt schon kaum mehr möglich, in Zukunft wird dies immer schwieriger werden. Es gibt keine objektive Interessenlage des Nordens, keine ökonomischen Sachzwänge, die die Perpetuierung der Unterentwicklung und eine fortgesetzte Degradierung der Umwelt im Süden begründen können. Es gibt auch keinen Automatismus zwischen ökonomischer und ökologischer Ausbeutung. Die globale Polarisierung zwischen Norden und Süden ist weder unabweichlich noch wünschenswert.

Allerdings sind immer wieder Konfliktkonstellationen zu erwarten, bei denen einzelne Länder des Südens und einzelne Länder des Nordens je nach Sachlage das Lager wechseln werden. Im Kampf gegen den EG-Agrarprotektionismus werden sich bestimmte Entwicklungsländer mit den USA verbünden, in der CO<sub>2</sub>-Frage mit der Bundesrepublik gegen die USA, in der Frage der Errichtung eines Naturschutzparks in der Antarktis mit Frankreich gegen die USA und die

---

6 Worldwatch Institute Report, 1990/1, 18f. Selbst wenn dieser Sachverhalt auf die verstärkte Nutzung der Kernenergie zurückzuführen ist, belasten die daraus resultierenden Risiken doch die Industrieländer selbst und verdeutlichen die heutigen Grenzen der Externalisierung von Zivilisationskosten..

Bundesrepublik. In allen diesen Fällen werden Partikularinteressen bestimmter Entwicklungsländer artikuliert, die man unter dem Gesichtspunkt von Sustainability nicht verteidigen kann. Eine pauschale Parteinahme für den Süden hilft ebenso wenig wie eine pauschale Verurteilung des Nordens. Will man eine Strategie zur Realisierung von »Sustainable Development« entwickeln, so muß man die Konfliktlinien immer neu überprüfen. Man darf sich nicht auf Automatismen verlassen. Eine einzige Lösung aller Umwelt- und Entwicklungsfragen (z.B. globaler Schuldenerlaß gegen globalen Umweltschutz) wird es nicht geben. Erwartungen, die man noch vor wenigen Jahren in dieser Hinsicht an die kommende Rio-Konferenz geknüpft hat, sind schon heute enttäuscht worden. Die Umsetzung des »Sustainable Development«-Konzepts verlangt einen langwierigen dynamischen und offenen Lern- und Verhandlungsprozeß. Damit soll die größere Verantwortlichkeit des Nordens nicht geleugnet werden. Um politische Handlungsfelder zu eröffnen, muß man sie aber sachlich und präzise definieren. In den letzten Dekaden hat der Süden als ökonomisches Ausbeutungsobjekt des Nordens an Bedeutung verloren, und zwar in allen seinen klassischen Rollen als (a) Rohstofflieferanten, (b) als Absatzmarkt und (c) als Standort für Kapitalanlagen.

a) Von 1970 bis 1988 stiegen die Industriegüterimporte in den Industriestaaten doppelt so schnell (um 1094%) wie die Importe von Rohstoffen, einschließlich der Brennstoffe (um 622%) (UNCTAD 1991. 73). 1 % aller Importe der Industrieländer waren 1989 Industriegüter (nur 26,84% Rohstoffe)(GATT 1990). 1988 stammten 84% der Industriegüterimporte der marktwirtschaftlichen Industrieländer aus Ländern derselben Gruppe. Auch der größte Teil der Rohstoffe, die die Industrieländer importieren, wird von anderen Industrieländern geliefert. 1988 waren es 71,7% aller Nahrungsmittel, 75,2% aller landwirtschaftlichen Rohprodukte und 73,1% aller Metalle und Minerale (UNCTAD, 1991). Vereinzelte Rohstoffe behalten ihre strategische Bedeutung. Insgesamt jedoch ist der immer kleiner werdende Anteil an Rohstoffen, den der industrialisierte Norden aus Entwicklungsländern beziehen muß, auch ohne Interventionspolitik zu sichern. Der relative Bedeutungsverlust der Primärproduktion in der Weltwirtschaft ist auch nicht durch gemeinsame Kartellbildung aufzuhalten (nicht einmal durch die OPEC), Er zwingt die Entwicklungsländer dazu, Raubbau an ihren natürlichen Ressourcen zu üben und diese »um jeden Preis« auf den internationalen Märkten anzubieten. Rohstoffe sind für die kapitalistischen Industriestaaten heute, allein durch den »Sachzwang Weltmarkt« in Hülle und Fülle zu bekommen. Bei einer Dissoziation vom Weltmarkt riskiert jedes Land schwerwiegende politische Turbulenzen, Bürgerkriege, Autoritarismus, Fundamentalismus, etc. Deshalb sucht eine zunehmende Zahl von ihnen Wege zu einer vorteilhafteren Eingliederung in die Weltwirtschaft als über die traditionellen Rohstoffe und Billiglöhne. Die Erfahrung der Schwellenländer zeigt, daß der Export von wertschöpfungsintensiven Produkten unter Umständen möglich ist.

b) Auch als Absatzmärkte nehmen die Entwicklungsländer nicht mehr den her-

vorragenden Platz ein, den sie früher innehatten. Gingen 1955 33 % aller Industriegüterexporte aus den Ländern des Nordens in die Peripherie, so sank dieser Anteil bis 1989 auf nur 16 %. Nur die asiatischen Schwellenländer konnten ihren Aufstieg in der Weltwirtschaft kontinuierlich fortsetzen. Afrika und Lateinamerika erlebten einen Zusammenbruch.

c) Das Interesse der multinationalen Unternehmen an den Entwicklungsländern hat stark nachgelassen. Vor dem Zweiten Weltkrieg transferierten sie noch etwa 50 % ihrer ausländischen Direktinvestitionen in die armen Nationen, 1950 waren es nur noch 40 % und bis 1980 sank dieser Anteil sogar auf 23 %.<sup>7</sup> In den 80er Jahren verstärkte sich dieser Trend noch mehr. Der Rückgang bundesdeutscher Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern dokumentiert ihn drastisch: 1970 flossen noch 23,7 % aller Auslandsinvestitionen in die Dritte Welt, 1987 10,4 % und 1980 nur noch 2,8 %. Der Referent für Außenwirtschaft beim Deutschen Industrie- und Handelstag, B. H. Kitterer, bringt die Stellung der ehemaligen Dritten Welt aus der Sicht der bundesdeutschen Industrie auf den Punkt: »Es wird kein nachlassendes Interesse deutscher Unternehmen an den Entwicklungsländern geben. Das Interesse ist in den letzten Jahren bereits auf ein Minimum gesunken.«<sup>8</sup>

Fazit: Nicht in der freiwilligen Abkoppelung von der vom Norden dominierten Weltwirtschaft liegt heute die Chance für den Süden. Nicht mehr aktive Ausbeutung, sondern stumme Marginalisierung in der Weltpolitik und Weltwirtschaft ist heute die Hauptquelle der Ungleichheiten zwischen Norden und Süden. Es droht die Gefahr, daß weite Teile der südlichen Halbkugel zum chronischen Empfänger von Katastrophenhilfe herabgesetzt werden (s. z. B. Menzel 1991). Gleichwohl kann man nach wie vor die Frage »Leben wir im Norden auf Kosten der Menschen im Süden?« bejahen. Der überschießende Reichtum im Norden hängt mit der Armut im Süden zusammen. Der Norden braucht den Süden; aber immer weniger als primäre Quelle von Mehrwert und Ressourcen, so wie das Kapital die Arbeit braucht, oder als unverzichtbares Ausbeutungsobjekt. Selbst bei der Verschuldung ist der Norden nicht auf die Verewigung der »Zinsknechtschaft« angewiesen. Seit 1985 gibt es genügend Rücklagen, so daß das internationale Finanzsystem nicht kollabiert, wenn die Schuldenzahlungen ausgesetzt werden. Vielmehr rutscht der Süden zunehmend in die Rolle eines Auffangbeckens hinein. Er wird zum Puffer für unbeabsichtigte, negative Nebenfolgen der modernen technisch-ökonomischen Zivilisation. Der Norden braucht den Süden,

7 vgl. zu diesem Thema die Arbeiten des Centre d'étude et des recherches sur les entreprises multinationales und Lipietz 1985, 93.

8 zitiert nach *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Nr. 2, 1990, S. 19. Für den Süden hingegen bleiben die ökonomischen Themen von vitalem Interesse. So zeigt sich wieder einmal die Asymmetrie der Nord-Süd-Beziehungen. Dennoch ist auch für die Entwicklungsländer ein Wandel zu erkennen. Ihre Bereitschaft, sich gegenüber den Industrieländern als Interessensblock zu definieren, hat abgenommen. Die Fixierung auf die Rohstoffproblematik in den Verhandlungen mit ihnen und somit auf den vorgegebenen Rahmen der klassischen Weltarbeitsteilung hat sich als Sackgasse erwiesen.

um das interne Druckpotential abzumildern, das auf einen radikalen Umbau der vorherrschenden Konsum- und Produktionsstrukturen drängt. Der Reichtum im Norden ist nicht mehr - wie vielleicht ehemals zur Zeit des klassischen Kolonialismus - direkt auf die Armut im Süden zu beziehen. Die klassischen Verteilungsprobleme sind nicht verschwunden. Sie behalten in vieler Hinsicht ihre Virulenz. Aber zunehmend gilt für das Verhältnis des Nordens und des Südens zueinander, was Ulrich Beck über die sozialen Klassen schreibt: Der Klassengegensatz um die Reichtumsverteilung ist geblieben, aber er wird durch neue Konfliktlinien um die Risikoverteilung überlagert und relativiert.

Wie kommt es nun zu diesen Überlagerungen und Verschiebungen? Das Phänomen der Externalisierungen gab es doch seit den Anfängen der Moderne. Die Antwort lautet: Durch die dramatische Verknappung der Möglichkeiten, Risiken auf zu diesem Zweck funktionalisierte Peripherien abzuwälzen. Direkte Ausbeutungsoffer und indirekte Externalisierungsoffer des modernen Industriekapitalismus hat es immer gegeben. Das Neue ist, daß heute die externalisierten Risiken in der Form von globalen Bedrohungen oder sogar von exponentiell steigenden Reparaturkosten auf die Modernitätszentren zurückwirken.

Vorerst zehrte der Modernisierungsprozeß von »Kolonien«, d.h. von geographischen oder funktionalen Sphären, die von außen »erschlossen« werden konnten, ohne im Inneren von diesem Prozeß erfaßt werden zu müssen:

- Auch moderne politische Systeme gründeten auf Konventionen, herkömmlichen Autoritäten und Traditionsbeständen, die den Einzelnen über tausendfache Fäden an die herrschende Ordnung banden.
  - Vorindustrielle, hauswirtschaftliche Produktionsweisen wie z.B. die Frauenarbeit im nicht bezahlten Reproduktionsbereich bestanden fort und alimentierten die durchkapitalisierten Wirtschaftssektoren.
  - Zivilisationslasten konnten auf eine scheinbar unerschöpfliche äußere Natur bzw. auf zukünftige Generationen abgewälzt werden.
  - Die kulturelle Homogenisierung und die politisch-soziale Integration der Bevölkerung in den modernen Nationalstaaten machten es möglich, Fehlentwicklungen im Innern durch Konflikteskalation und Kriege nach außen zu kompensieren.
  - Die ehemaligen Kolonien und späteren Entwicklungsländer stellten jahrzehntelang die Weiterexistenz einer prämodernen oder unterentwickelten Welt dar, also eine zusätzliche Quelle von Externalisierungsmöglichkeiten für den Norden.
- Dieser Zustand währte jedoch nicht ewig. Die Rationalisierungs-, Demokratisierungs- und Industrialisierungsprozesse fraßen sich durch alle geographischen und funktionalen Kolonien hindurch. Nacheinander wurden die Externalisierungsspielräume enger. Die permanente Steigerung des Eskalations- und Vernichtungspotentials moderner Kriege machte den Anfang. Die atomare Bedrohung und die Aussicht auf Selbstvernichtung machten Kriege innerhalb des Nordens schwer durchführbar. In allen Bereichen vollzog sich ein ähnlicher Prozeß wie im Bereich der Militär- und Kriegstechnik: Die Entwicklung der Massenproduk-

tion legte den vorindustriellen, »vor-fordistischen« Bereich trocken, die Demokratisierung und Individualisierung vernichtete die Traditionsbestände, die Erwerbstätigkeit der Frauen trug zu deren Emanzipation bei, die Entkolonialisierung der Dritten Welt und zum Schluß die Gefährdungen der globalen Ökosysteme (im Gegensatz zu den lokal begrenzten Katastrophen) beschnitten nacheinander alle Externalisierungsmöglichkeiten. Verteilungskämpfe um die knapper werdenden Externalisierungsspielräume begannen und verschärften sich.

Im folgenden soll am Beispiel der Rohstoffe und natürlichen Ressourcen etwas ausführlicher erläutert werden, auf welche Weise die neue Konfliktkonstellation die klassische Kampfarena der Nord-Süd-Beziehungen überlagert und relativiert. Seit der Zeit der klassischen Imperialismustheorien bis in die 70er Jahre hinein - als unter anderem vom Club of Rome die Erschöpfung der Ressourcen prognostiziert wurde und der traditionelle Konflikt dadurch einen neuen Höhepunkt erreichte - beherrschte der Kampf um die Zugriffsrechte auf die ausbeutbaren natürlichen Ressourcen des Südens die entwicklungspolitischen Diskussionen. Seither haben sich die Ressourcenbestände sowie die Effizienz-, Spar-, und Substitutionspotentiale als wesentlich ergiebiger erwiesen, als zunächst angenommen. Nicht die Verknappung der Ressourcen, sondern - selbst bei Erdöl - ihr relatives Überangebot stellt heute das Problem dar (Brock 1991, 76). Stattdessen nimmt eine andere Knappheit rapide an Bedeutung zu: die Grenzen der Belastbarkeit und der Absorptionsfähigkeit der globalen Ökosysteme scheinen in greifbare Nähe gerückt zu sein. Das traditionelle Ressourcenverständnis bezog sich auf einzelne nicht-erneuerbare agrarische oder mineralischen Rohstoffe. Die neuen Konfliktlinien dagegen kreisen um eine völlig andere Art von »Ressource«, nämlich um globale, im Prinzip selbstregenerierbare Ökosysteme, dazu zählen die Erde (Naturwälder, Böden), das Wasser (Ozeane) und vor allem die Luft (Erdatmosphäre). In dem zwischen Norden und Süden herrschenden Konflikt um knappe Ressourcen geht es heute immer weniger um Ausbeutungsrechte und Formen der Verfügungsgewalt über einzelne nicht erneuerbare Rohstoffe innerhalb der territorialen Grenzen der Entwicklungsländer, sondern es geht vielmehr um Verschmutzungs- und Belastungsrechte globaler Ökosysteme. Die alten Konfliktmuster lassen sich nicht mechanisch auf die neuen übertragen. Da es heute neben der Reichtumsverteilung zunehmend um Zerstörungsrechte geht, zeichnet sich die Möglichkeit ab, daß es bald nur noch ökologische Verlierer geben könnte, wodurch die Reichen und Mächtigen dieser Welt unverhofft Argumente in die Hand bekämen, Verteilungsgerechtigkeit als ethisches Postulat in Frage zu stellen und ihre Bedeutung zu relativieren. In diesem Fall würde sich die Verhandlungsposition der südlichen Hemisphäre in den traditionellen Themen der Weltwirtschaftsordnung noch mehr verschlechtern.

»Globale Gerechtigkeit« kann nicht, auch nicht vom Interessensstandpunkt Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, allein als Verteilungsproblem - unter Ausklammerung der Qualität dessen, was verteilt werden soll - definiert werden. Dennoch bewegen sich die aktuellen Auseinandersetzungen im Vorfeld der

kommenden UNCED-Konferenz weitgehend im Rahmen von einfachen Verteilungskämpfen; nur hier und da gibt es Ansätze, den Konflikt auf eine andere Ebene zu heben. »Konkretes Anschauungsmaterial hierfür liefert die Haltung der Entwicklungsländer bei der Aushandlung des Montrealer Protokolls von 1989 über die Reduzierung der FCKW-Belastung der Atmosphäre. Länder wie Indien und die Volksrepublik China stehen kurz vor der Aufnahme der Massenproduktion von Kühlaggregaten und wollen sich die Möglichkeit offenhalten, dies mit Hilfe der kostengünstigen FCKWs zu tun. Dementsprechend bestanden die Entwicklungsländer in Montreal darauf, daß ihnen eine Mindestproduktionsquote zugestanden wurde.«<sup>9</sup> Solange die Austragung des Konflikts auf dieser Ebene der Verteilung bleibt und die Forderung der Entwicklungsländer nach Finanz- und Technologietransfer zur Einführung umweltschonender Produkte und Produktionsformen vom Norden nur ungenügend erfüllt wird, sind drei Optionen denkbar:

- Es wird gar keine Übereinkunft erreicht, und die tendenzielle Zerstörung der Erdatmosphäre, also das Risiko einer kollektiven Selbstzerstörung der Menschheit, nimmt weiter zu.
- Der Norden setzt sich durch und hindert den Süden an der Produktion von FCKW; dadurch bleiben gewisse Externalisierungsspielräume für die Industrieländer noch eine Weile offen.
- Es wird eine für den Süden im Rahmen einer Begrenzung der globalen Emissionen zum Schutz der Erdatmosphäre gerechte Lösung gefunden. Für den Norden aber würde das beinhalten, daß er anteilmäßig einen größeren Verzicht auf eigene Emissionen leistet als der Süden. Letztere wäre die im herkömmlichen Sinne »gerechteste« Lösung. Verzichtleistungen der Industrienationen wären eine notwendige Voraussetzung für Verteilungsgerechtigkeit und diese wiederum ist eine notwendige, wenn auch keineswegs ausreichende Bedingung für globale Gerechtigkeit. Wenn eine Nation oder Gruppe von Nationen verzichtet, kann früher oder später immer eine andere an ihre Stelle treten und den so entstandenen Externalisierungsspielraum für sich nutzen. Isolierte, soziostrukturell nicht verankerte Verzichtleistungen bewegen sich noch im Rahmen der Verteilungslogik. Damit sie zu einem nachhaltigen globalen Umweltschutz beitragen, müssen Lösungen im Bereich der Verteilung und der Nachfrage mit Änderungen im Bereich des Angebots, der Qualität und der Produktionsbedingungen von Reichtum und Wohlstand einhergehen.<sup>10</sup> Die Bedürfnisse und ihre Befriedigung lediglich zu unterdrücken, ist unzureichend. Ihre Aufhebung und Sublimierung in neuen Konsummustern hat ebenso zu folgen wie eine »Effizienzrevolution«,

9 Brock 1991, 81. Sehr illustrativ für die Sackgassen einer auf gerechte Verteilung eingeeengten Auseinandersetzung ist der methodische Streit zwischen dem World Resources Institute der USA und dem Centre For Science And Environment in Neu-Dehli über die Berechnungsgrundlage für die zukünftige Verteilung der CO<sub>2</sub>-Senken. Das WRI geht von den absoluten Emissionen aus. Das CSE setzt sie ins Verhältnis zur Bevölkerung.

10 Zur Anwendung der Begriffe Nachfrage und Angebot auf die ökologische Problematik siehe Simonis 1989, 68.

insbesondere im Energie- und Rohstoffsektors (Goldemberg u.a. 1988). Der Schlüssel zu Sustainable Development liegt also offensichtlich bei den Industrienationen. Sie tragen die Hauptverantwortung, wenn die laufenden Verhandlungen in bloßen Verteilungskämpfen steckenbleiben und keine qualitativ neue Dynamik im Umgang mit den Konflikten in Gang gesetzt wird. Nur sie besitzen die ökonomischen und technischen Kapazitäten für die Entwicklung der neuen Produktionsformen, die den geforderten Verzicht nachhaltig und nachahmenswert machen können und einen Übergang in neue Konsummuster, Produktionsstrukturen und Lebensstile ermöglichen. Hierzu gehört der verbesserte Zugang zu den umweltschonenden und energiesparenden Technologien der Industrieländer. Der Süden wiederum kann nicht abwarten, bis der ökologische Umbau im Norden vollzogen ist und ansonsten Ziele und Strategie seiner Verhandlungen entlang der alten Konfliktlinien formulieren. Die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung in (gegenüber den 1970er) unveränderter Form stellen und daran die Erwartung knüpfen, sie diesmal über das Umweltthema zu seinen Gunsten entscheiden zu können, ist sehr problematisch. Da sich die Dissoziation von der kapitalistischen Weltwirtschaft als völlig untauglich erwiesen hat, wäre das hauptsächliche Druckinstrument der Entwicklungsländer in der heutigen Konfrontation die Drohung, den globalen Umweltschutz, den der Norden von ihnen verlangt, zu verweigern. Das Fazit unserer Überlegungen in dieser Hinsicht ist jedoch eindeutig: Ein Beharren des Südens auf dem Nachholen der primären Modernisierung des Nordens ist ein aussichtsloses Unterfangen, denn die dabei entstehenden Risiken und Nebenkosten lassen sich nicht wie in den vergangenen Jahrhunderten externalisieren. Die internationalen Reaktionen auf die Abholzung der Regenwälder z.B., oder die Schadstoff- und Gesundheitskontrollen an den Grenzen weisen in diese Richtung.

Aus diesem Grunde muß die Modernisierung des Südens Elemente der noch ausstehenden »reflexiven Modernisierung« des Nordens übernehmen. Die Dissoziation von der Weltwirtschaft und die Verweigerung des globalen Umweltschutzes sind kein geeignetes Druckmittel, um eine Verhaltensänderung des Nordens zu erzwingen. Vielmehr verstärkt eine Abkopplung gerade die Schwächen und Abhängigkeiten des Südens gegenüber der Weltwirtschaft und reduziert seine Handlungsspielräume noch mehr. Eine Strategie zur Lösung der Entwicklungs- und Armutprobleme in der Dritten Welt und zur Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse zugunsten einer gerechteren und demokratischen Weltwirtschaftsordnung muß im Einklang stehen mit den Erfordernissen des globalen Umweltschutzes und mit einer aktiven Beteiligung am Weltmarktgeschehen. Genauso wenig wie für den Süden die Verweigerung des globalen Umweltschutzes zu verantworten ist, können sich aber die Industriestaaten der Forderung der Entwicklungsländer nach erleichtertem Zugang zu den neuen umweltschonenden und energiesparenden Technologien und Wissensinhalten verweigern. Sehr wahrscheinlich werden sich an dieser Bereitschaft und an dem ökologischen Umbau der Industriegesellschaften die Ernsthaftigkeit der bisher nur verbalen Be-

kennnisse des Nordens zum »Sustainable Development« messen lassen. Eine reale Umsetzungschance wird diese Formel erst dann haben, wenn im Zuge der »reflexiven Modernisierung« der Industrieländer die zwiespältige Vorbildfunktion, die sie bislang für den Süden ausgeübt haben, zu einem Faktor der Ökologisierung und Humanisierung der Weltgesellschaft wird.

## Literatur:

- Altwater, Elmar 1987: *Sachzwang Weltmarkt*, Hamburg.
- Blanke, Thomas 1991: Zur Aktualität des Risikobegriffs, in: Beck, U. (Hg.) 1991: *Politik in der Risikogesellschaft*, Ffm 1991.
- Brock, L. 1991: Sachzwang zur Kooperation? Ressourcenkonflikte und Nord-Süd-Beziehungen, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin*, Geistes- und Sozialwissenschaften, Nr. 4/5, 1991.
- Frank Beckenbach 1992 Ökologisch-ökonomische Verteilungskonflikte (in diesem Heft).
- GATT 1990: *International Trade 1989-90*, Geneva.
- Goldemberg, J. u.a. *Energy for a Sustainable World*, New Dehli 1988.
- Grefe, Ch., Bernstorff, A. (Hg.) 1991: *Zum Beispiel Giftmüll*, Göttingen.
- Hauff, Volker (Hg.) 1987: *Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*, Greven.
- Lipietz, A 1985: *Mirages et miracles*, Paris 1985.
- Loske, R. 1991: Gewinner und Verlierer in der Weltverschmutzungsordnung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 12, 1991.
- Martínez Alier, J., Schlußmann, K. 1992: *La ecología y la economía*, Mexico D.F.
- Menzel, U. 1991: Die Hilfe hilft nicht, Treuhandschaft wäre ein Weg, in *Frankfurter Rundschau*, (3.Juni 1991).
- Menzel, U. 1991: *Geschichte der Entwicklungstheorie*, Hamburg.
- Simonis, U. E. 1989: Entwicklung und Umwelt, in: *Interdependenzen. Materialien der Stiftung Entwicklung und Frieden*, Nr. 3, Bonn/Bad Godesberg.
- Simonis, V.E. 1991: Klimakonvention: Neuer Konflikt zwischen Industrie- und Entwicklungsländern?, in: *Jahrbuch Ökologie 1992* (Hg. G. Altner et.al.), München 1991.
- UNCTAD 1991: *Handbook of International Trade and Development Statistics*, New York.
- Wöhlecke M. 1991: *Risiken aus dem Süden*, Ebenhausen.
- Wöhlecke, M. 1989: *Umweltzerstörung in der Dritten Welt*, München.
- Worldwatch Institute Report, *Zur Lage der Welt 1990/1*, Ffm 1990.